

„Die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sind schwieriger geworden“

Lehrergewerkschaft fordert die Schaffung neuer Stellen in den Landkreisen Waldshut und Lörrach – doch viele deutsche Lehrer arbeiten lieber in der Schweiz

Von Michael Gottstein

LAUFENBURG / KREIS WALDSHUT. Die von der grün-roten Landesregierung angestoßenen Bildungsreformen weisen nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in die richtige Richtung, sind aber noch lange nicht abgeschlossen. Dies erklärte die GEW-

Landesvorsitzende Doro Moritz bei einem Pressegespräch am Montag. Dabei forderte sie auch Maßnahmen, um die Versorgung der Landkreise Lörrach und Waldshut mit Lehrkräften zu verbessern.

Dem Pressegespräch vorausgegangen war eine Personalversammlung in der Rappensteinhalle, zu der Kultusminister Andreas Schoch sowie 700 Lehrer im Grund-, Haupt-, Werkreal-, Gemeinschafts- und Sonderschulbereich innerhalb des Staatlichen Schulamtes Lörrach

gekommen waren. Neben Doro Moritz nahmen der GEW-Kreisvorsitzende Waldshut, Gerhard Kappenberger, und sein Vize Manfred Fögele, die Kreisvorsitzende Lörrach, Anja Hanke, und ihre Stellvertreterin Romy Engst sowie Monika Sulzberger, Mitglied der GEW-Fraktion des Personalrats beim Schulamt Lörrach, an der Pressekonferenz teil.

Die oft kritisierte „Unruhe“ im Bildungssystem erklärte die Landesvorsitzende damit, dass die Regierung viele Reformen gleichzeitig angepackt habe. Der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung seit 2011 habe „nicht zur Zerstörung der Hauptschule geführt“, denn schon vorher seien viele Hauptschulen geschlossen worden. Insgesamt gibt es derzeit 700 Haupt- und Werkrealschulen, von denen 300 akut gefährdet sind, weil sie keine Eingangsklassen mehr bilden können. „Viele Bürgermeister haben

erkannt, dass vor dem Hintergrund wachsender Schülerzahlen die Gemeinschaftsschule die Chance bietet, eine Schule vor Ort zu erhalten.“ Allerdings räumte sie ein, dass diese neue Schulform nicht von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werde.

Mit Blick auf die heterogene Schülerschaft an Realschulen fordert die GEW Reformen, die diese Schulart in die Lage versetzen, sowohl Schüler, die einen Hauptschulabschluss, als auch solche, die die mittlere Reife anstreben, gleichermaßen zu fördern. Die GEW möchte, dass die allgemeinbildenden Gymnasien achtzünftig geführt werden. Das G 9 solle den beruflichen Gymnasien und den großen Gemeinschaftsschulen vorbehalten bleiben.

Die GEW begrüßt, dass die Landesregierung von dem Vorhaben, bis 2020 rund 11 600 Lehrerstellen zu streichen, abgerückt ist. 1300 Stellen wurden gestri-

chen, und 1700 weiter sollen folgen. Unter Berufung auf eine Aussage des Ministerpräsidenten rechnet Doro Moritz damit, dass gleichzeitig 1700 neue Stellen für neue Aufgaben bis 2020 geschaffen werden. Allerdings müsse die Regierung mehr für die Qualifizierung und Unterstützung der Lehrer tun. „Die Arbeitsbedingungen sind schwieriger geworden, und daher brauchen die Lehrer mehr Zeit für ihre Aufgaben, und das heißt, dass wir noch mehr Stellen benötigen“, sagte die Vorsitzende. Doch gerade am Hochrhein dürfte es schwierig werden, überhaupt Lehrer zu finden. „Im Landkreis Waldshut ist es extrem, weil die Schweiz Lehrer abwirbt“, meinte Kappenberger und betonte, dass rund die Hälfte der Kandidaten die im Kreis Waldshut angebotene Beamtenschaft ablehne. Außerdem werde die Vertretungsreserve genutzt, um fehlende reguläre Stellen zu besetzen, und

die Kollegen würden den Personalmangel durch Mehrarbeit auffangen. Pensionäre zurückzuholen und Lehrer ohne abgeschlossene Ausbildung einzustellen sei möglich, aber langfristig keine Lösung. Die GEW fordert daher für die stark unterversorgten Regionen einen besseren Personalschlüssel als in Gebieten wie etwa Freiburg, wo der Mangel weniger ausgeprägt ist und sich leichter Vertretungen finden lassen.

Auch der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordert mehr Personal, denn die Qualität stehe angesichts der dünnen Personaldecke auf dem Prüfstand. Der VBE-Geschäftsführer im Schulkreis, Josef Klein, kritisierte per Pressemitteilung, dass die grün-rote Landesregierung an der Bildung spare. Lehrer müssten Verzögerungen in der Gehaltsanpassung, Einschränkungen der Beihilfe und Kürzung der Altersemäßigung hinnehmen.